

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB zu einem Erfordernis der politischen Kultur: Björn Engholm ermutigen.

Seite 1

Horst Sielaff MdB zu den ersten 100 Tagen von Landwirtschaftsminister Borchert: Nach großen Vorschußforbeeren nichts als heiße Luft.

Seite 3

Walter Hiller zur Notwendigkeit, den konservativen Kahl-schlagsplan abzuwehren: Risse im Sozialstaat - Gefahr für die Demokratie.

Seite 4

Dr. Klaus Kübler MdB zu den Verständigungsbemühungen in dem vom Bürgerkrieg geprägten südostafrikanischen Land: Den Friedensprozeß in Mosambik stützen.

Seite 5

48. Jahrgang / 81

29. April 1993

Kopfgeldjäger und Medienhörigkeit

Zu einem Erfordernis der politischen Kultur: Björn Engholm ermutigen

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Die politische Kultur in Deutschland bewegt sich in einer tödlichen Spirale - der zwischen einer um sich greifenden Kopfgeldjägermentalität in den Medien und einer atemberaubenden Medienhörigkeit der politischen Akteure. Je mehr sich die SPD in diese Spirale ziehen läßt, desto auswegloser wird ihre Situation. Die SPD war und ist nun einmal ein historisches Projekt. Ob sie es bleibt, hängt in entscheidendem Maße davon ab, ob es ihr gelingt, sich nicht ständig von den wöchentlich wechselnden Winden der Medienstürme zu neuen Windungen treiben zu lassen.

Daß es auch anders geht, zeigen frühere und aktuelle Beispiele. Hätte sich die SPD früher von den zahllosen Medienkampagnen gegen Willy Brandt kirre machen lassen (einer der Höhepunkte war die Schiller-Anzeigenkampagne im Sommer 1972), dann wären ihre Grundfesten mehrfach erschüttert worden. Hätte sich Manfred Stolpe im vergangenen Jahr zum Rücktritt treiben lassen (wie es auch einige aus der SPD forderten, die den monatelangen Mediendruck nicht mehr aushielten), so wäre die SPD in Brandenburg und auch Brandenburg selbst jetzt in endlosen politischen Turbulenzen. Die SPD muß endlich wieder zu ihren eigenen Einschätzungen und Positionen kommen, statt ihre eigenen politischen Richtlinien von der ständig wechselnden Kommentarlage abhängig zu machen - und muß lernen, sich von denjenigen auch in den eigenen Reihen zu distanzieren, die sozialdemokratische Politik mit smarter oder kecker - je nachdem, was gerade "in" ist - Medienklaviatur verwechseln. Parteivorsitzende und Kanzlerkandidaten werden von Parteien gewählt - und nicht in einigen Redaktionsstuben erwählt, mit den Instrumenten von Hintergrundgesprächen und Body-Check-Interviews.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
U.S. version: Der Kreislauf
Recycling-Paper



Natürlich ist es Aufgabe der Medien, Skandale aufzudecken, wovon es auch mehr als genug gibt. Aber das heißt noch lange nicht, daß alles ein Skandal ist, was so bezeichnet wird - wobei es schon genügt, daß ein Leitorgan dieses Stichwort intoniert und wie im Rudel alle Wölfe mitheulen. Skandalgeheul und Kandidaten aufstellen und purzeln lassen: Dies sind die beiden beliebtesten Massenartikel zur Auflagensteigerung. Jeder kann scheinbar mitreden, weshalb auch nicht viel journalistische Kunst dazu gehört, dieses Spiel zu treiben. Spielbedingung ist nur, daß immer genug neue Platten aufgelegt werden können. Gestern Rau, den einst der Wellenschlag erreichte, als er als Kanzlerkandidat die "unerhörte" Forderung aufstellte, alle Sozialleistungskürzungen rückgängig machen zu wollen. Dann Lafontaine, über den die erste Sturmweile zog, als er bestimmten Einheitsauphorien widersprach, und dann die zweite, nachdem er sich durch den Verzicht auf den SPD-Vorsitz nicht mehr als Gegen-Joker eignete. Heute Engholm, weil durch seine frühe, von der Partei geforderte Bereitschaft zur Kanzlerkandidatur das Medientheater bis zur Bundestagswahl zu langweilig geworden ist? Demnächst Schröder, der jetzt den Part des Anti-Softy und geschmiedeten Ökonomen spielt, aber morgen an seine vermeintlichen grünen Wirtschaftsbremsen erinnert wird?

Auch anderen ging es so - etwa Späth, den "Spiegel" und "Stern" solange aufbauten, solange man den Derwall im Kanzleramt durch einen moderneren Trainer ersetzen zu können glaubte, und der fallengelassen wurde, als er die aufgelegte Joker-Karte nicht zog.

Was Engholm als Skandal jetzt zu umwitem scheint, ist maßstabslos. Hätte er wirklich - seinerzeit vor der schleswig-holsteinischen Wahl im September 1987 - eingegangene Hinweise über den Schmutzauftrag Barschels an Pfeifer sofort öffentlich machen und sich dem Verdacht aussetzen sollen, seinen Kontrahenten Barschel leichtfertig zu denunzieren? Erinnert sich nicht einmal mehr der "Spiegel", daß es wochenlanges Recherchen ganzer seiner Redaktionsabteilungen bedurfte, um nach der Wahl und dem Barschel-Ehrenwort alles aufzudecken? Ist es so ungewöhnlich, daß Engholm nicht selbst, sondern ein anderer die Aufgabe übernahm, die Schlammarbeit der Trockenlegung eines Sumpfes zu machen - wie es selbst ein Wehner für Brandt wiederholt machte, ohne diesen damit im einzelnen zu behelligen? Engholm darf nicht einknicken, die SPD muß endlich offensiv der Skandalprämisse widersprechen!

Offensive statt reaktive Politik-Entwürfe erforderlich

Und was wird Engholm sonst vorgeworfen, was jetzt zur Häutung von seiner Führungsrolle reichen soll? Daß er führungsschwach sei, weil er kein Harpunenmann gegenüber Haifischen ist - oder daß er in der Asylfrage zu schnell geführt habe? Offensichtlich ist er in manchen Fällen zu moderat - eine Eigenschaft, auf die sich die SPD generell in ihrem neuen Grundsatzprogramm verständigt hatte: daß nämlich ihr "Verständnis vom politischen Handeln" darin bestehe, den "ergebnisoffenen Bürgerdialog ins Zentrum der Politik" zu rücken, womit sie sich die vorrangige Rolle des politischen Moderatoren aneignete. Es ist nun nicht Engholm allein, der sich diesem Idealbild zu sehr verpflichtete, statt eine zielbewußte programmatische Rolle der SPD zu profilieren, die heute mehr und mehr vermißt wird. Es war Ausdruck einer unscharfen Zeiteinschätzung der SPD-Führung insgesamt. Die SPD überwindet dies nicht durch Medienhörigkeit und Kandidatenwechsel, sondern mit offensiven statt reaktiven Politikentwürfen und mit mehr konstruktivem Streit statt fortgesetzter krampfhafter Konsenssuche zu einer konzeptionell gescheiterten Regierung.

Was der SPD wirklich fehlt, hat Björn Engholm allein nicht ausgleichen können, und er wird es als Einzeller auch nicht können. Er hat ohne Zweifel hervorragende und unverzichtbare Fähigkeiten zur Verhaltenssolidarität und zum fairen Zusammenführen von Standpunkten - die darüber hinaus notwendige Fähigkeit zu ganz neuen und originären Politikentwürfen muß von allen in Führungsverantwortung Stehenden geleistet werden. Dies ist nun einmal das Produkt gemeinsamer Führungsarbeit - oder ein solches Produkt wird es nicht geben. Dabei sollte vor allem nicht übersehen werden, daß andere in Diskussion Stehende oder sich Bringende manches gezeigt haben mögen - aber eben nicht, daß sie ein tragfähiges programmatisches Konzept zur Überwindung dieses eigentlichen Markos gegenwärtiger SPD-Politik hätten.

Die SPD-Probleme zu einem Problem des Spitzenkandidaten zu simplifizieren und die Problemlösung in dessen Auswechslung zu suchen, ist nichts weiter als ein Placebo. Wenn sich die SPD auf dieses

Strickmuster der primitiven Individualisierung in substantiellen politischen Fragen einläßt, darf sie sich nicht wundern, wenn sie selbst als Placebo empfunden wird.

(-/29. April 1993/rs/ks)

Nach großen Vorschußlorbeeren nichts als heiße Luft
Zu den ersten 100 Tagen von Landwirtschaftsminister Borchert

Von Horst Sielaff MdB
Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die ersten 100 Tage des nicht unbekanntenen, mit großen Vorschußlorbeeren versehenen Bauernverbandsfunktionärs, Landwirts, Haushaltsexperten der CDU/CSU und jetzigen Bundeslandwirtschaftsministers Borchert sind für viele eine große Überraschung.

Wie trat Borchert doch an?

- "Wir müssen den entwicklungsfähigen Betrieben, den jungen Betriebsleitern und den Hofnachfolgern solcher Betriebe wieder eine Perspektive geben und ihnen Mut machen, Landwirtschaft fortzusetzen." (Interview Süddeutsche Zeitung am 22. Januar 1993);
- "Insofern wird die Stärkung unserer Betriebe zu leistungsfähigen Einheiten ein wesentliches Thema meiner Politik sein." (Interview Süddeutsche Zeitung 22. Januar 1993);
- "Strukturwandel ist der Motor für die Verbesserung der Einkommen. Wir - das heißt Politiker und Landwirte - müssen ihn als Chance verstehen, bestehende Wettbewerbsdefizite zu überwinden. Das gilt auch im internationalen Vergleich." (Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Agrar- und Umweltpolitik e.V. am 25. Februar 1993);
- "Viele Betriebe entstehen (in den neuen Ländern) im Bereich zwischen hundert und fünfhundert Hektar LF und erreichen damit im europäischen Maßstab weitgehend wettbewerbsfähige Strukturen." (Borcherts Ministerium am 12. März 1993).

Und welche Konsequenzen hat Borchert bisher aus diesen beachtlichen Worten, nahezu täglich landauf landab so oder ähnlich vorgetragen, bisher gezogen?

Keine!

Im Gegenteil, er verwirft das Angebot der deutschen Länder, gemeinsam intensiv über eine Überprüfung der bisherigen Förderpolitik im Lichte der Entscheidungen zur EG-Agrarreform, des EG-Binnenmarktes und der bevorstehenden GATT-Vereinbarung nachzudenken und zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen. Entscheidungen, die dazu führen müssen, bei knapper Haushaltslage und steigendem Wettbewerbsdruck verfügbare Mittel gezielt für Maßnahmen der Strukturpassung und der sozialen Absicherung zu verwenden. Vielmehr läßt Borchert den in seinem Hause erarbeiteten Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft (soziostruktureller Einkommensausgleich) als Koalitionsinitiative im Deutschen Bundestag einbringen, um damit eine intensive Mitwirkung der Länder auszuschließen und die Förderung als Gießkanne wie bisher fortsetzen zu können. Wie das mit der von Regierung und Koalitionsparteien immer wieder geforderten Regionalisierung der Agrarpolitik und mit den markigen Worten Borcherts, eine leistungs- und wettbewerbsfähige Landwirtschaft herzustellen, zu vereinbaren ist, muß Borchert erst noch erklären.

Auch die Ausgleichszulage in den benachteiligten Gebieten (Agrar Europe vom 26. April 1993) will er nicht einmal in die Überprüfung der bisherigen Förderpolitik einbeziehen. Dies, obwohl jeder Sach-

kenner weiß, daß das gemessen an den immer wieder von Borchert vorgetragenen Zielen, nicht auf Dauer - allenfalls bis zum Wahljahr 1994 - durchgehalten werden kann.

Dafür kürzt Borchert die von der Landwirtschaft als Beitrag zum Solidarpakt aufzubringenden Mittel bei den investiven Maßnahmen in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Die flankierenden Maßnahmen der EG-Agrarreform, die gezielt durch Aufforstung und Förderung der Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion einen Beitrag zur Überschuß Eindämmung leisten sollen, können nicht in Angriff genommen werden.

Ferner zeigt sich, daß die von der Bundesregierung in Brüssel mitberatene und verabschiedete EG-Agrarreform ein Flop ist. Sie ist zu bürokratisch und so nicht durchzuführen. Sie wird auch nicht zum gewünschten Ergebnis führen, wie es sich schon jetzt im Rindfleischbereich zeigt. Die Kosten der Agrarpolitik werden nicht sinken. Die Agrarleitlinie ist nicht einzuhalten. Dies hat der Agrarrat in dieser Woche deutlich gemacht.

Und welche Konsequenzen zieht Borchert?

Bisher keine!

Erforderliche Anpassungen werden nicht in Angriff genommen.

Eins muß man Borchert jedoch bescheinigen: Seine langjährige Tätigkeit beim Absatzfonds und die Beschäftigung mit Marketing haben ihm zum Verpackungskünstler werden lassen. Seine Ziele werden immer wieder in neue Worte verpackt, bei genauem Hinsehen klaffen Worte und Taten seiner Politik jedoch weit auseinander. Verständlich wird jetzt auch, daß eine seiner ersten Taten die Schaffung einer neuen KoKo-Abteilung im BML (Koordinierungs- und Kommunikationsabteilung) war.

(-/29. April 1993/rs/ks)

Risse im Sozialstaat - Gefahr für die Demokratie **Zur Notwendigkeit, den konservativen Kahlachlagesplan abzuwehren**

Von Walter Hiller
Niedersächsischer Sozialminister

Große Teile der Bundesregierung und des Unternehmerlagers wollen das in Deutschland erreichte Maß von Sozialstaatlichkeit wieder einmal prinzipiell in Frage stellen. Das politische Ziel dieser konservativen Allianz ist ein grundsätzlicher Abbau und Umbau des Sozialstaates.

Da das politische Projekt aus Privatisierung, Deregullierung und Selbstbestellung in der Bevölkerung auf Widerstand stößt, wird von der Koalition aus Kabinett und Kapital im Kampf um die Meinungsführerschaft der Sozialstaat selbst zur Krisenursache erklärt, werden die sogenannte Anspruchsinfation und Überversorgung denunziert, wird eine perfide Mißbrauchskampagne gegen die Empfänger sozialer Leistungen angezettelt.

Da der tiefe ökonomische, politische und gesellschaftliche Umbruch in Deutschland zusätzliche Anforderungen an die Sozialpolitik stellt, ist es notwendig, eine neue sozialpolitische Reformdebatte zu eröffnen. Notwendig ist eine öffentliche Auseinandersetzung über die normativ-moralischen Grundlagen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, nachdem die Sozialpolitik zunehmend an Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit stößt, und der Sozialstaat von konservativen Kahlachlagesplänen bedroht werde.

Objektiv hat die Sozialpolitik im bisherigen Einigungsprozeß eine herausragende Rolle gespielt. Vordringend hat die Sozialpolitik auch Ihre traditionelle Funktion ordentlich erfüllt. Sie hat soziale Ver-

werfungen abgefedert und abgemildert. Aber Sozialpolitik allein kann die wachsenden Probleme in Ostdeutschland nicht lösen. Sozialpolitik kann nicht einmal wachsende Armut und zunehmende Verelendung im reichen Deutschland verhindern.

Nie zuvor waren die Einkommensgegensätze in Deutschland krasser als heute, nie zuvor gab es mehr Sozialhilfeempfänger, nie zuvor gab es mehr Arbeitslose und Wohnungssuchende, die Angst um ihre Zukunft haben. Unverändert existieren im vereinigten Deutschland in West und Ost zwei unterschiedliche Wohlstandsniveaus. In der Praxis entpuppt sich das politische Versprechen von der Angleichung der Lebensverhältnisse als folgenloses Lippenbekenntnis.

Zwischen Apathie und Explosion

Dabei sind die Folgen einer gespaltenen, einer in sich zerrissenen Gesellschaft mehr als bedrohlich: Mit der Verschärfung sozialer Problemlagen in West und Ost und mit der Zerstörung sozialstaatlicher Sicherungen entsteht eine explosive soziale und politische Konfliktsituation im vereinigten Deutschland. Resignation und Apathie, autoritäres Ordnungsdenken, Fremdenhaß, Rechtsextremismus und gewalttätige Ausländerfeindlichkeit greifen um sich.

In Deutschland hat sich eine hohe Identifikation von Demokratie und Sozialstaat herausgebildet. Wenn nun der Sozialstaat in die Turbulenzen der Mangelverteilung gerät und Risse zeigt, wenn der Sozialstaat Erwartungen frustriert, Ansprüche mißachtet oder Hoffnungen enttäuscht, dann wird die Demokratie selbst in Mitleidenschaft gezogen. Wenn Verarmung und Ausgrenzung, wenn Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit zum Lebensalltag zählen, dann geraten nicht nur demokratische Grundwerte wie Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität in Gefahr, dann gerät die Demokratie selbst in Gefahr.

(-/29. April 1993/rs/ks)

Den Friedensprozeß in Mosambik stützen

Zu den Verständigungsbemühungen in dem vom Bürgerkrieg gepeinigten südostafrikanischen Land

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Nach 16 Jahren brutalem und mörderischem Bürgerkrieg, der Mosambik wirtschaftlich und sozial in eine Null-Situation zurückgeführt hat, versuchen die bisher bürgerkriegsführenden Parteien FRELIMO (Frente da Libertacao des Mocambique) und RENAMO (Resistencia Nacional de Mocambique), eine Demokratie in Mosambik aufzubauen. Führungen und Kader von FRELIMO und RENAMO sind zwar die alten geblieben. Die politischen Umstände haben sich durch den Wegfall des Ost-West-Konfliktes und die Veränderungen in Südafrika aber so verändert, daß der Friedens- und Demokratieversuch in Mosambik zu einer zwangsläufigen Folge dieser veränderten Rahmenbedingungen wurde.

Unterstützt wurde der Prozeß sicher auch durch die Einsicht, daß keine Seite letztlich gewinnen konnte. Eher hätten noch die Regierungskräfte (FRELIMO) leicht die Oberhand bekommen können, wenn die wirtschaftliche Lage sich nicht so katastrophal darstellen würde. Andererseits hätte mangelnde Kompromiß- und Friedensbereitschaft auf FRELIMO-Seite in Kürze zur internationalen Isolierung geführt.

Die in den Verträgen von Rom vom Oktober 1992 zwischen FRELIMO und RENAMO vereinbarten Punkte werden langsam, noch zu langsam und noch zu unvollkommen durchgesetzt.

RENAMO-Präsident Dhlakama wies bei seinem ersten offiziellen Besuch in Deutschland durchaus überzeugend auf die schwierige Ausgangssituation der RENAMO, die aus dem Busch kommt und immer noch im Busch ist, gegenüber der FRELIMO hin und kann damit einerseits das fortbestehende

Mißtrauen gegen die FRELIMO und andererseits das große Sicherheitsbedürfnis der RENAMO durch internationale Garantien für die Einhaltung der Absprachen verständlich machen.

Dhlakama bezeichnete den Demokratieprozeß als "normal" angelaufen, allerdings verbunden mit zahlreichen Schwierigkeiten und dadurch jetzt schon entstandenen zeitlichen Verzögerungen. Deshalb ist nach seiner Auffassung auch der ursprünglich vorgesehene Wahltermin für die ersten demokratischen Wahlen im Oktober 1993 (ein Jahr nach dem Friedensabkommen) nicht mehr einhaltbar. Der Regierung (FRELIMO) ist dies bewußt. Ein Treffen zwischen RENAMO und FRELIMO hat dazu allerdings noch nicht stattgefunden. Für Dhlakama aber muß der Wahltermin in jedem Fall verschoben werden.

Als einen Hauptgrund für die Verschiebung nannte Dhlakama, daß die UN-Beobachter (Dhlakama spricht von einem 7.000 Mann starken UN-Kontingent) mit Ausnahme von 120 UN-Mitarbeitern, die bislang nur in den Städten sind und nicht auf dem Land, noch nicht eingetroffen seien. Deshalb habe auch die Reduzierung, Demobilisierung und Entwaffnung der FRELIMO-Streitkräfte von etwa 75.000 um 60.000 Mann auf 15.000 größte Bedeutung. Die RENAMO ist von der Demobilisierung nicht betroffen. Die zukünftigen Gesamtstreitkräfte von 30.000 Mann sollen sich zu je 50 Prozent aus FRELIMO- und RENAMO-Truppen zusammensetzen. Nach Auskunft von Dhlakama ist die Demobilisierung noch nicht angelaufen.

Die Begründung der RENAMO, die ersten demokratischen Wahlen erst nach der Demobilisierung, Entwaffnung und Bildung einer einheitlichen Armee durchzuführen, um Entwicklungen wie in Angola zu vermeiden, ist überzeugend.

Der Abzug der Soldaten, die bisher für die Sicherheit der Landkorridore zwischen mosambikanischen Häfen und den Binnenländern zuständig waren und die von Simbabwe und Malawi gestellt wurden, hat erst jetzt im April begonnen und ist noch lange nicht abgeschlossen. Bislang ist zum Beispiel nur ein italienisches Bataillon als Ersatz für die Sicherung der Korridore eingetroffen.

Dhlakama wirft auch der Regierung vor, in Rom eingegangene Verpflichtungen, den RENAMO-Leuten bislang die notwendige Infrastruktur in der Hauptstadt Maputo zur Verfügung gestellt zu haben. "Sie seien immer noch im Busch". Auch der vereinbarte gemeinsame Kontrollmechanismus von Regierung und RENAMO über Sicherheitsapparat und Polizei steckt noch ganz in den Anfängen.

Dhlakama bestätigte, daß es ausreichende Kontakte zwischen Regierung und RENAMO gibt. Auch RENAMO ist offensichtlich an einer demokratischen Entwicklung interessiert, ist aber sehr vorsichtig, weil die Regierung über alle Machtmittel, die Logistik und die Kommunikationen verfüge. RENAMO schätzt die Lage realistisch ein. Das Anliegen von RENAMO, nach internationalen Garantien und Garantien auch aus Deutschland ist legitim.

RENAMO wünscht auch Unterstützung bei der Umwandlung von einer Untergrundbewegung zu einer politischen Partei. Die Schwierigkeiten sind offenkundig. Die RENAMO-Leute haben im Untergrund und im Busch gelebt. Sie zu "demokratischen" und "qualifizierten" Bürgern zu machen, ist ein langer Weg.

Den Demokratisierungsprozeß in Mosambik ist, wo immer möglich, politisch, organisatorisch und auch finanziell zu unterstützen. Die Partner an diesem Prozeß meinen es erkennbar ernst. Beide Seiten sind ernstzunehmen.

(-/29. April 1993/rs/ks)

(Der Autor wird sich in einer der nächsten Ausgaben in einem weiteren Beitrag mit der Entwicklung in dem südostafrikanischen Land auseinandersetzen.)
